

# Die Taiwan-Frage und die Wiedervereinigung Chinas

Amt für Taiwan-Angelegenheiten und Presseamt beim Staatsrat der VR China, August 1993, Beijing, China

## Vorwort

Die Einheit des Staates und die territoriale Integrität aufrechtzuerhalten, ist das unveräußerliche Recht jedes souveränen Staates und das Grundprinzip des Völkerrechts. In der UNO-Charta ist unmißverständlich vorgesehen, daß die Vereinten Nationen und ihre Mitgliedstaaten die territoriale Integrität und die politische Unabhängigkeit irgendeines Mitgliedstaates oder irgendeines Staates nicht verletzen und sich in Angelegenheiten, die dem Wesen nach der inländischen Verwaltung irgendeines Staates unterstehen, nicht einmischen dürfen. In der UNO-Deklaration über die Prinzipien des Völkerrechts betreffs der Herstellung von Freundschaftsbeziehungen und der Zusammenarbeit durch die verschiedenen Länder gemäß der UNO-Charta wird darauf hingewiesen, daß alle Versuche, die auf die teilweise oder totale Untergrabung der staatlichen Einheit und der territorialen Integrität oder der politischen Unabhängigkeit abzielen, dem Geist der UNO-Charta nicht entsprechen.

Die Neuere Geschichte Chinas ist eine Geschichte, in der China Aggression, Unterdrückung, Ausbeutung und Demütigungen ausgesetzt war und das chinesische Volk um die nationale Unabhängigkeit und für die Erhaltung der staatlichen Souveränität, der territorialen Integrität und der nationalen Würde heldenhaft kämpfte. Die Entstehung und Entwicklung der Taiwan-Frage sind mit dieser Geschichte eng verbunden. Aus allerlei Gründen ist Taiwan bis heute noch vom Festland abgetrennt. Solange dieser Situation kein Ende gesetzt wird, kann die Wunde, an der die chinesische Nation leidet, nicht geheilt werden und wird der Kampf des chinesischen Volkes zur Erhaltung der staatlichen Einheit und der territorialen Integrität nicht aufhören.

Wie steht es jetzt um die Taiwan-Frage? Worin liegt die Crux dieses Problems? Was sind der Standpunkt zur und die Vorschläge der chinesischen Regierung für die Lösung der Taiwan-Frage? Um der internationalen Gemeinschaft Klarheit darüber zu verschaffen, ist es notwendig, die folgenden Fragen zu erläutern.

## I. Taiwan ist ein untrennbarer Bestandteil Chinas

Taiwan liegt südöstlich vom chinesischen Festland. Als die größte Insel Chinas bildet sie mit dem Festland ein untrennbares Ganzes.

Taiwan gehört von alters her zu China. Im Altertum hieß Taiwan Yizhou und Liuqiu. In zahlreichen Geschichtswerken und Dokumenten sind Aufzeichnungen über die frühe Erschließung Taiwans durch das chinesische Volk zu lesen. Schon vor mehr als 1700 Jahren berichtete Shen Ying aus dem Wu-Reich in der Zeit der Drei Reiche in seinem Buch „Geographisches Lexikon der Küsten“ über die Insel. Es sind die frühesten schriftlichen Aufzeichnungen über Taiwan. Im 3. und 7. Jahrhundert schickten das Regime von Sun Quan des Wu-

Reiches und die Regierung der Sui-Dynastie nacheinander über 10000 Menschen nach Taiwan. Nach Eintritt ins 17. Jahrhundert begann das chinesische Volk mit der umfangreichen Erschließung Taiwans. Ende des 17. Jahrhunderts gab es auf Taiwan über 100000 Pioniere vom Festland. Bis 1893 (19. Regierungsjahr des Kaisers Guangxu der Qing-Dynastie) belief sich ihre Gesamtzahl auf mehr als 2,54 Millionen Menschen in mehr als 507000 Haushalten. Ihre Zahl ist in 200 Jahren um das 25fache angestiegen. Sie brachten fortschrittliche Produktionsmethoden mit und siedelten sich in ganz Taiwan an. Sie nahmen alle Strapazen auf sich und leisteten unter großen Schwierigkeiten Pionierarbeit, was den Fortgang der Erschließung Taiwans beträchtlich beschleunigte. Diese historische Tatsache beweist, daß Taiwan wie die anderen Provinzen und autonomen Gebiete Chinas von den verschiedenen Nationalitäten Chinas erschlossen und besiedelt wurde. Die Entwicklung der Gesellschaft Taiwans setzt nach wie vor die Tradition der chinesischen Kultur fort. Diese grundlegende Sachlage blieb selbst in den 50 Jahren der japanischen Okkupation unverändert. Die Geschichte der Erschließung und Entwicklung Taiwans ist von den Anstrengungen und der Weisheit des chinesischen Volkes, einschließlich der einheimischen nationalen Minderheiten, geprägt.

Alle chinesischen Regierungen in den vorangegangenen Perioden haben in Taiwan Verwaltungsorgane eingerichtet, die dort die Jurisdiktion ausübten. Schon in der Mitte des 12. Jahrhunderts stationierte die Regierung der Song-Dynastie Truppen auf der Penghu-Inselgruppe und unterstellte das Gebiet Penghu der Verwaltung des Kreises Jinjiang in der Präfektur Quanzhou in Fujian. Die Regierung der Yuan-Dynastie richtete in Penghu ein Verwaltungsorgan, die „Streifendienststelle“, ein. Die Regierung der Ming-Dynastie stellte im späten 16. Jahrhundert die „Streifendienststelle“, die eine Zeitlang abgeschafft worden war, wieder her und erhöhte die Truppenstärke in Penghu, um eine mögliche Invasion äußerer Feinde abzuwehren. 1662 (1. Regierungsjahr des Kaisers Kangxi der Qing-Dynastie) richtete Zheng Chenggong auf Taiwan die „Chengtian-Präfektur“ ein. Die Regierung der Qing-Dynastie baute die Verwaltungsorgane auf Taiwan schrittweise aus und verstärkte die Verwaltung Taiwans. 1684 (23. Regierungsjahr des Kaisers Kangxi der Qing-Dynastie) wurde ein „Patrouillenkommando für Taiwan und Xiamen“ eingesetzt und die „Taiwan-Präfektur“ mit den Kreisen Taiwan (heute Tainan), „Fengshan“ (heute Gaoxiong) und „Zhuluo“ (heute Jiayi) eingerichtet, die der Verwaltung der Provinz Fujian unterstand. 1714 (53. Regierungsjahr des Kaisers Kangxi der Qing-Dynastie) entsandte die Qing-Regierung Vermesser nach Taiwan, um eine Landkarte von Taiwan zu zeichnen und seine Fläche zu vermessen. 1721 (60. Regierungsjahr des Kaisers Kangxi der Qing-Dynastie) wurde zusätzlich ein „Kaiserlicher Gesandter zur Inspektion Taiwans“ eingesetzt und das „Patrouillenkommando für Tai-

wan und Xiamen“ in „Präfektur für Taiwan und Xiamen“ umbenannt. Später wurden zusätzlich der „Kreis Zhanghua“ und der „Bezirk Danshui“ eingerichtet. 1727 (5. Regierungsjahr des Kaisers Yongzheng der Qing-Dynastie) wurde die „Präfektur für Taiwan und Xiamen“ in „Patrouillenverwaltung für Taiwan“ (später in „Patrouillenkommando für Taiwan“) umbenannt, zusätzlich der „Bezirk Penghu“ eingerichtet und „Taiwan“ als die offizielle, einheitliche Bezeichnung festgelegt. 1875 (1. Regierungsjahr des Kaisers Guangxu der Qing-Dynastie) richtete die Qing-Regierung zusätzlich die „Präfektur Taibei“ sowie die Kreise „Danshui“, „Xinzhu“ und „Yilan“ und den „Bezirk Jilong“ ein, um die Verwaltung Taiwans zu verstärken. 1885 (11. Regierungsjahr des Kaisers Guangxu der Qing-Dynastie) bestimmte die Qing-Regierung Taiwan offiziell zu einer Provinz mit elf Kreisen und fünf Bezirken und ernannte Liu Mingchuan zum ersten Gouverneur Taiwans. Während seiner Amtszeit ließ Liu Eisenbahnlinien anlegen, Bergwerke einrichten, elektrische Leitungen verlegen, Handelsschiffe bauen, Unternehmen gründen und Schulen neuen Typs errichten, wodurch die soziale, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung Taiwans beträchtlich vorangetrieben wurde.

Nach dem Sieg im Widerstandskrieg des chinesischen Volkes gegen die japanische Aggression 1945 stellte die chinesische Regierung die Verwaltungsorgane der Provinz Taiwan wieder her.

Die Chinesen auf beiden Seiten der Taiwan-Straße führten einen langjährigen, unablässigen Kampf gegen die ausländische Okkupation in Taiwan. Ab Ende des 15. Jahrhunderts rissen die westlichen Kolonialisten skrupellos Kolonien an sich. 1624 (4. Regierungsjahr des Kaisers Tianqi der Ming-Dynastie) drangen holländische Kolonialisten in den Süden Taiwans ein. 1626 (6. Regierungsjahr des Kaisers Tianqi der Ming-Dynastie) fielen die Spanier in den Norden Taiwans ein. 1642 (15. Regierungsjahr des Kaisers Chongzhen der Ming-Dynastie) trat Holland an die Stelle von Spanien und besetzte den Norden Taiwans. Die Landsleute der beiden Seiten führten verschiedenartige Kämpfe, einschließlich bewaffneter Aufstände, gegen die Okkupation ausländischer Kolonialisten in Taiwan. 1661 (18. Regierungsjahr des Kaisers Shunzhi der Qing-Dynastie) marschierten Truppen unter Führung von Zheng Chenggong in Taiwan ein und vertrieben im nächsten Jahr die holländischen Kolonialisten, die sich in Taiwan verschanzt hatten.

1894 (20. Regierungsjahr des Kaisers Guangxu der Qing-Dynastie) entfesselte Japan einen Aggressionskrieg gegen China. Im nächsten Jahr erlitt die Qing-Regierung eine Niederlage und wurde von Japan gezwungen, den Schmach und Schande über die eigene Nation bringenden „Shimonoseki-Vertrag“ zu unterzeichnen und Taiwan abzutreten. Diese Nachricht rief im ganzen Land Empörung hervor. Die mehr als 1000 Prüflinge aus 18 Provinzen einschließlich Taiwans, die in Beijing am Kai-

serlichen Examen teilnahmen, reichten eine gemeinsame Petition gegen die Abtretung Taiwans ein. Die ganze Provinz Taiwan „hallte wider von Trauer“, und die Händler streikten unter Gongschlägen. Liu Yongfu, ein General der Qing-Truppen, der die Militärangelegenheiten Taiwans mitregelte, und andere kämpften mit den Landsleuten auf Taiwan zusammen unter Einsatz ihres Lebens gegen die japanischen Besatzungstruppen. Um diesen Kampf zu unterstützen, spendeten die Einwohner im Südosten des chinesischen Festlandes Geld oder begaben sich in Gruppen nach Taiwan, wo sie am Kampf gegen die japanische Aggression teilnahmen. Während der japanischen Okkupation führten die taiwanischen Landsleute beharrlich einen heldenhaften und unbeugsamen Kampf. Zu Beginn organisierten sie Freiwilligentruppen und leisteten sieben Jahre lang als Partisanen bewaffneten Widerstand. Nachdem die Qing-Regierung in der Revolution von 1911 gestürzt worden war, entfesselten sie mit den Landsleuten des Festlandes zusammen mehr als zehn bewaffnete Aufstände. In den 20er und 30er Jahren dieses Jahrhunderts erfaßte die Massenbewegung Taiwans gegen die japanische Kolonialherrschaft mit noch stürmischerer Gewalt die ganze Insel.

1937 begann das chinesische Volk mit dem Widerstandskrieg der ganzen Nation gegen die japanische Aggression. Die chinesische Regierung verkündete in der „Proklamation über die Kriegserklärung Chinas gegenüber Japan“ unmißverständlich der ganzen Welt, daß alle Verträge, Abkommen und Kontrakte über die Beziehungen zwischen China und Japan hinfällig geworden seien. Der „Shimonoseki-Vertrag“ gehörte selbstverständlich zu den gekündigten Verträgen. In dieser Proklamation wurde feierlich erklärt, daß China „die Territorien von Taiwan, Penghu und der vier nordostchinesischen Provinzen zurückerobert“ werde. Nach acht Jahren harten Widerstandskriegs gegen die japanische Aggression errang das chinesische Volk im Jahr 1945 den endgültigen Sieg und eroberte das von Japan besetzte Taiwan zurück. Bei den Landsleuten auf Taiwan war die Begeisterung unbeschreiblich. Sie brannten Feuerwerkskörper ab und opferten den Vorfahren, um den großen Sieg der Rückkehr Taiwans in den Schoß des Vaterlandes zu feiern.

Die internationale Gemeinschaft erkennt allgemein an, daß Taiwan zu China gehört. Der Widerstandskrieg des chinesischen Volkes gegen die japanische Aggression war ein Teil des weltweiten Kampfes gegen den Faschismus und wurde von den Völkern der Welt weitgehend unterstützt. Im 2. Weltkrieg bildete China mit den USA, der Sowjetunion, Großbritannien und Frankreich eine Allianz, um gegen die faschistischen Achsenmächte Deutschland, Japan und Italien zu kämpfen. In der „Kairoer Deklaration“, die China, die USA und Großbritannien am 1. Dezember 1943 unterzeichneten, hieß es: „Das Ziel der drei Unterzeichnernationen ist, alle Inseln, die Japan seit dem Beginn des 1. Weltkriegs im Jahr 1914 im Pazifik erobert oder besetzt hat, abzunehmen und die chinesischen Territorien, die Japan an sich gerissen hat, wie z. B. die Mandschurei, Taiwan und die Penghu-Inselgruppe, an China zurückzugeben.“ Im „Potsdamer Abkommen“, das China, die USA und Großbritannien (später auch die Sowjetunion) am 26. Juli 1945 unterzeichneten, wurde erneut bekräftigt: „Die Bedingungen der ‚Kairoer Deklaration‘ werden durchgesetzt werden.“ Am 15. August dessel-

ben Jahres erklärte Japan seine Kapitulation. In den „Klauseln zur Kapitulation Japans“ ist vorgesehen: „Japan ist bereit, die Klauseln des Potsdamer Abkommens vom 26. Juli 1945, das China, die USA und Großbritannien gemeinsam unterzeichneten und dem sich später auch die Sowjetunion anschloß, zu akzeptieren.“ Am 25. Oktober fand die Zeremonie für die Annahme der Kapitulation Japans in der Provinz Taiwan der chinesischen Kriegszone der Alliierten in Taibei statt. Der Offizier, der die Hauptverantwortung für die Annahme der Kapitulation trug, erklärte im Namen der chinesischen Regierung, daß von diesem Tag an Taiwan und die Penghu-Inselgruppe wieder offiziell zum chinesischen Territorium gehören und alles Land, aller Boden, die Bevölkerung und die Verwaltung Taiwans der Souveränität Chinas unterstehen. Bis dahin wurden Taiwan und Penghu wieder der Souveränität und Jurisdiktion Chinas unterstellt.

Seit der Gründung der Volksrepublik China haben 157 Staaten nacheinander diplomatische Beziehungen mit China aufgenommen. Sie alle erkennen an, daß es nur ein China gibt, daß die Regierung der Volksrepublik China die einzig legitime Regierung Chinas ist und daß Taiwan ein Bestandteil Chinas ist.

## II. Die Entstehung der Taiwan-Frage

Nach dem 2. Weltkrieg ist Taiwan nicht nur juristisch, sondern auch tatsächlich an China zurückgegeben worden. Das Aufkommen der Taiwan-Frage ist auf den danach von der Chinesischen Kuomintang entfesselten volksfeindlichen Bürgerkrieg und mehr noch auf die Intervention ausländischer Kräfte zurückzuführen.

**Die Taiwan-Frage und der von der Kuomintang entfesselte Bürgerkrieg.** Während des chinesischen Widerstandskriegs gegen die japanische Aggression bildeten die Chinesische Kuomintang und die Kommunistische Partei Chinas auf die Forderung der Kommunistischen Partei Chinas und der anderen patriotischen Kräfte hin die Antijapanische Nationale Einheitsfront, um Widerstand gegen die Aggression der japanischen Imperialisten zu leisten. Nach dem Sieg im Antijapanischen Krieg hätten beide Parteien weiter zusammenarbeiten und gemeinsam Chinas Aufschwung fördern sollen. Aber die Kuomintang-Clique mit Tschiang Kai-schek an der Spitze, die sich auf Hilfe von seiten der USA stützte und die Sehnsucht des ganzen Volkes nach dem Frieden und dessen heißen Wunsch nach dem Aufbau eines unabhängigen, demokratischen, reichen und starken Neuen China ignorierte, zerriß das von beiden Parteien unterzeichnete „Abkommen vom 10. Oktober“ und brach einen landesweiten volksfeindlichen Bürgerkrieg vom Zaun. Das chinesische Volk war gezwungen, unter der Führung der Kommunistischen Partei Chinas einen mehr als dreijährigen Volksbefreiungskrieg zu führen. Da die Kuomintang-Clique skrupellose Untaten beging, wurde sie von allen Nationalitäten des Landes im Stich gelassen. Das chinesische Volk hat die Regierung der „Republik China“ in Nanjing schließlich gestürzt. Am 1. Oktober 1949 wurde die Volksrepublik China gegründet, und die Regierung der Volksrepublik China wurde die einzig legitime Regierung Chinas. Ein Teil des Militär- und Regierungspersonals der Kuomintang-Clique zog sich nach Taiwan zurück und verschante sich dort. Mit der Unterstützung der damaligen amerikanischen Re-

gierung schufen sie die Trennung beider Seiten der Taiwan-Straße.

Die Taiwan-Frage und die Verantwortung der amerikanischen Regierung. Nach dem 2. Weltkrieg stellte die amerikanische Regierung angesichts der damaligen Konfrontation zwischen dem Ost- und dem West-Lager und im Hinblick auf ihre sogenannte Globalstrategie und den Schutz der Interessen der eigenen Nation vorbehaltlos der Kuomintang-Clique Geld, Waffen und Menschen zur Verfügung, um sie im Bürgerkrieg zu unterstützen und die revolutionäre Sache des chinesischen Volkes zu behindern. Doch sie konnte das von ihr erhoffte Ziel nicht erreichen. In dem 1949 vom amerikanischen State Department veröffentlichten Weißbuch „Beziehungen zwischen den USA und China“ und dem Begleit-schreiben des Staatssekretärs Dean Acheson an Präsident Harry S. Truman wurde dies anerkannt. Acheson schrieb: „Es ist eine unglückliche, aber unentrinnbare Tatsache, daß sich das verhängnisvolle Resultat des Bürgerkriegs in China der Kontrolle der USA-Regierung entzogen hat.“ „Nichts, was unser Land unterlassen hat, hat dazu beigetragen. Es war das Produkt interner chinesischer Kräfte, die unser Land zu beeinflussen suchte, ohne es jedoch zu können.“

Nach der Gründung der Volksrepublik China hätte sich die damalige amerikanische Regierung aus dem Sumpf des chinesischen Bürgerkriegs herausziehen können. Doch sie hat das nicht getan, sondern verfolgte dem Neuen China gegenüber eine Isolierungs- und Eindämmungspolitik und intervenierte nach dem Ausbruch des Koreakriegs mit Waffengewalt in den Beziehungen zwischen den beiden Seiten der Taiwan-Straße, die hundertprozentig zu den inneren Angelegenheiten Chinas gehören. Am 27. Juni 1950 gab der amerikanische Präsident Truman eine Erklärung ab, in der es hieß: „Ich habe der 7. Flotte befohlen, jeglichen Angriff auf Taiwan zu verhindern.“ Die amerikanische 7. Flotte drang in die Taiwan-Straße ein, und die amerikanische 13. Fliegertruppe wurde in Taiwan stationiert. Im Dezember 1954 schlossen die USA mit den Taiwan-Behörden den sogenannten „Vertrag über gemeinsame Verteidigung“ ab und stellten dadurch die chinesische Provinz Taiwan unter den „Schutz“ der USA. Die falsche Politik der amerikanischen Regierung, sich weiter in die inneren Angelegenheiten Chinas einzumischen, hat die angespannte Lage der langjährigen Konfrontation im Gebiet der Taiwan-Straße geschaffen, und die Taiwan-Frage ist seitdem ein bedeutender Streitpunkt zwischen China und den USA geworden.

Um die Lage im Gebiet der Taiwan-Straße zu entspannen und Mittel und Wege zur Lösung der Differenzen zwischen China und den USA zu finden, begann die chinesische Regierung Mitte der 50er Jahre den Dialog mit den USA. Vom August 1955 bis Februar 1970 haben China und die USA insgesamt 136 Verhandlungen auf Botschaferebene durchgeführt. Aber in der Schlüsselfrage der Entspannung und Beseitigung der angespannten Lage im Gebiet der Taiwan-Straße konnte kein Fortschritt erzielt werden. Erst Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre begannen die USA angesichts der Veränderung und Entwicklung der internationalen Lage und der Erstarkung des Neuen China, ihre China-Politik anzupassen, so daß die Beziehungen beider Länder schrittweise entkrampften. Im Oktober 1971 nahm die 26. UNO-Vollversammlung die Reso-

lution 2758 an, nach der alle legitimen Rechte der Volksrepublik China in der UNO wiederhergestellt wurden und der „Vertreter“ der Taiwan-Behörden aus der UNO vertrieben wurde. Im Februar 1972 besuchte der amerikanische Präsident Nixon China, beide Seiten veröffentlichten in Shanghai ein gemeinsames Kommuniqué. Darin hieß es: „Die amerikanische Seite erklärte: Die USA sind zu der Einsicht gekommen, daß alle Chinesen der beiden Seiten der Taiwan-Straße der Auffassung sind, daß es nur ein China gibt und Taiwan ein Bestandteil Chinas ist. Die amerikanische Regierung erhebt keine Einwände gegen diesen Standpunkt.“

Im Dezember 1978 akzeptierte die amerikanische Regierung die von der chinesischen Regierung vorgeschlagenen drei Prinzipien für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen, nämlich „Abbruch der diplomatischen Beziehungen“ zwischen den USA und den Taiwan-Behörden, Annullierung des „Vertrags über gemeinsame Verteidigung“ und Truppenabzug aus Taiwan. China und die USA nahmen am 1. Januar 1979 offiziell diplomatische Beziehungen auf. Im gemeinsamen Kommuniqué über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen China und den USA wird erklärt: „Die Vereinigten Staaten von Amerika erkennen die Regierung der Volksrepublik China als die einzig legitime Regierung Chinas an. In diesem Rahmen wird das amerikanische Volk kulturelle, kommerzielle und andere nichtamtliche Kontakte mit der Bevölkerung Taiwans unterhalten.“ „Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika erkennt den Standpunkt Chinas an, nämlich, daß es nur ein China gibt und Taiwan ein Bestandteil Chinas ist.“ Damit haben sich die Beziehungen zwischen China und den USA normalisiert.

Bedauerlicherweise nahm der amerikanische Kongreß nur drei Monate nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen China und den USA das sogenannte Gesetz über Beziehungen zu Taiwan an, das durch die Unterzeichnung des amerikanischen Präsidenten in Kraft trat. Dieses Gesetz hat im Rahmen der Gesetzgebung der USA viele Bestimmungen festgelegt, die den Prinzipien des Kommuniqués über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen China und den USA sowie des Völkerrechts zuwiderlaufen und die Rechte und Interessen des chinesischen Volkes schwer verletzen. Die amerikanische Regierung verkaufte nach diesem Gesetz weiter Waffen an Taiwan, mischte sich in die inneren Angelegenheiten Chinas ein und hinderte Taiwan daran, sich mit dem chinesischen Festland wiederzueinigen.

Um die Frage der amerikanischen Waffenlieferungen an Taiwan zu lösen, trafen die chinesische und die amerikanische Regierung am 17. August 1982 durch Verhandlungen ein Übereinkommen und veröffentlichten das dritte gemeinsame Kommuniqué über die Beziehungen zwischen beiden Ländern, das als „Kommuniqué vom 17. August“ bezeichnet wurde. Die amerikanische Regierung erklärte darin: „Die USA versuchen nicht, eine Politik des langfristigen Waffenverkaufs an Taiwan zu verfolgen. Die Waffen, die sie an Taiwan verkaufen, werden in der Funktion und Quantität nicht das Versorgungsniveau in den letzten Jahren nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen China und den USA übersteigen. Sie sind bereit, ihren Waffenverkauf an Taiwan schrittweise zu reduzieren und nach einiger Zeit eine endgültige Einstellung

herbeizuführen.“ Doch in den vergangenen mehr als zehn Jahren hat die amerikanische Regierung die Bestimmungen des Kommuniqués nicht nur nicht gewissenhaft durchgeführt, sondern es immer wieder verletzt. Im September 1992 beschloß sie sogar, Taiwan 150 funktionstüchtige Kampfflugzeuge vom Typ F-16 zu verkaufen. Diese Tat der amerikanischen Regierung hat der Entwicklung der chinesisch-amerikanischen Beziehungen und der Lösung der Taiwan-Frage neue Hemmnisse und Hindernisse gebracht.

Daraus ist zu erkennen, daß die amerikanische Regierung daran schuld ist, daß die Taiwan-Frage bis heute ungelöst ist. Seit den 70er Jahren haben viele weitsichtige und befreundete Persönlichkeiten der amerikanischen Regierungs- und Oppositionsparteien viel Nützliches geleistet, um die Lösung der Differenzen zwischen China und den USA in der Taiwan-Frage zu fördern. Die obenerwähnten drei gemeinsamen Kommuniqués verkörpern ihre Bemühungen und Beiträge. Die chinesische Regierung und das chinesische Volk wissen das zu würdigen. Man darf jedoch nicht übersehen, daß es in den USA wirklich Leute gibt, die die Wiedervereinigung Chinas nicht sehen wollen. Sie fabrizieren allerlei Ausreden und üben verschiedene Einflüsse aus, um die Lösung der Taiwan-Frage zu verhindern.

Die chinesische Regierung ist davon überzeugt, daß das amerikanische und das chinesische Volk miteinander befreundet sind. Die normale Entwicklung der Beziehungen beider Länder entspricht den langfristigen Interessen und den gemeinsamen Wünschen der beiden Völker. Beide Länder sollten die drei schwer erkämpften gemeinsame Kommuniqués, von denen sich die Entwicklung der Beziehungen beider Länder leiten läßt, in vollem Ausmaß würdigen. Solange beide Seiten an den Prinzipien der drei Kommuniqués festhalten, sich gegenseitig achten und großen Wert auf die Gesamtsituation legen, ist es nicht schwer, die von der Geschichte hinterlassene Taiwan-Frage zu lösen, und die chinesisch-amerikanischen Beziehungen können sich so bestimmt kontinuierlich verbessern und entwickeln.

### III. Die grundlegende Richtlinie der chinesischen Regierung zur Lösung der Taiwan-Frage

Es ist eine ernste und heilige Mission des chinesischen Volkes, die Taiwan-Frage zu lösen und die Wiedervereinigung des Landes zu verwirklichen. Nach der Gründung der Volksrepublik China hat die chinesische Regierung langwierige und unermüdliche Anstrengungen dafür unternommen. Die grundlegende Richtlinie der chinesischen Regierung für die Lösung der Taiwan-Frage lautet „Friedliche Wiedervereinigung; ein Land, zwei Systeme“.

Die Herauskristallisierung der Richtlinie „Friedliche Wiedervereinigung; ein Land, zwei Systeme“. Bereits in den 50er Jahren hatte die chinesische Regierung eine Vorstellung von der friedlichen Lösung der Taiwan-Frage. Ministerpräsident Zhou Enlai erklärte auf der Tagung des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses im Mai 1955, für das chinesische Volk gebe es zwei Alternativen zur Lösung der Taiwan-Frage: die des Krieges und die des Friedens, und das chinesische Volk sei bereit, eine friedliche Lösung, wenn möglich, anzustreben. Der Vorsitzende Mao Zedong stellte im April 1956 die politischen

Prinzipien auf: „Der Friede ist kostbar“. „Alle Patrioten gehören einer großen Familie an“ und „Es ist nie zu spät, sich den Reihen der Patrioten anzuschließen“. Infolge der Einmischung gewisser ausländischer Kräfte und aus anderen Gründen konnten diese Prinzipien aber nicht verwirklicht werden.

Seit Ende der 70er Jahre haben in der internationalen wie inländischen Lage einige wichtige Wandlungen stattgefunden: China und die Vereinigten Staaten haben diplomatische Beziehungen aufgenommen und ihre Beziehungen normalisiert; die Kommunistische Partei Chinas beschloß auf der 3. Plenartagung des XI. Zentralkomitees, den Arbeitsschwerpunkt der Partei und des Staates auf den Wirtschaftsaufbau für die Modernisierung zu verlegen. Zur gleichen Zeit wünschten die chinesische Bevölkerung auf beiden Seiten der Taiwan-Straße, Landsleute in Hong Kong und Macao sowie Überseechinesen und Ausländer chinesischer Abstammung innig, daß die beiden Seiten der Meeresstraße zusammenarbeiten und China gemeinsam zum Aufblühen bringen mögen. Unter diesen historischen Bedingungen, in Erwägung der Interessen und der Zukunft des Staates und der Nation und nach dem Prinzip, die Geschichte und die Realität zu respektieren, die Wahrheit in den Tatsachen zu suchen und die Interessen aller Seiten zu berücksichtigen, unterbreitete die chinesische Regierung die Richtlinie „Friedliche Wiedervereinigung; ein Land, zwei Systeme“.

Am 1. Januar 1979 veröffentlichte der Ständige Ausschuß des Nationalen Volkskongresses der Volksrepublik China die „Botschaft an die Landsleute auf Taiwan“, verkündete feierlich die politische Richtlinie der chinesischen Regierung zur friedlichen Lösung der Taiwan-Frage und rief die beiden Seiten der Taiwan-Straße dazu auf, über eine Beendigung der militärischen Konfrontation zu verhandeln. Er versprach, bei der Realisierung der Wiedervereinigung des Landes „den Status quo Taiwans und die Ansichten der verschiedenen Gesellschaftsschichten auf der Insel zu respektieren und eine vernünftige Politik mit angemessenen Regelungen durchzuführen“.

Der Vorsitzende des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses, Ye Jianying, führte in einer Rede vom 30. September 1981 die Richtlinie und Politik zur Lösung der Taiwan-Frage weiter aus. Er sagte: „Nach der Wiedervereinigung des Landes kann Taiwan als eine Sonderverwaltungszone weitestgehende Autonomie genießen.“ Weiter schlug er vor, daß die regierenden Parteien — die Kuomintang und die Kommunistische Partei Chinas — auf gleichberechtigter Basis Verhandlungen führen sollten.

Der bedeutende chinesische Staatsmann Deng Xiaoping bezog sich am 11. Januar 1982 auf diese Rede Ye Jianyings und wies darauf hin, daß es sich in der Tat um das Prinzip „ein Land, zwei Systeme“ handle. Unter der Voraussetzung der Wiedervereinigung des Landes solle der Hauptteil des Staates das sozialistische System und Taiwan das kapitalistische System praktizieren.

Bei der weiteren Ausführung seiner Konzeption über die friedliche Wiedervereinigung stellte Deng Xiaoping am 26. Juni 1983 fest, der Kern der Frage sei die Wiedervereinigung des Vaterlandes. Er erläuterte ferner die Politik der chinesischen Regierung über die Wiedervereinigung beiderseits der Meeresstraße und die Einrichtung der Sonderverwaltungs-

zone Taiwan.

Am 12. Oktober 1992 stellte der Generalsekretär des ZK der Kommunistischen Partei Chinas, Jiang Zemin, fest: „Wir werden unbeirrt gemäß der Richtlinie ‚Friedliche Wiedervereinigung, ein Land, zwei Systeme‘ darauf hinarbeiten, aktiv die Wiedervereinigung des Vaterlands zu fördern.“ „Wir bekräftigen erneut, daß die Kommunistische Partei Chinas bereit ist, mit der Chinesischen Kuomintang baldmöglichst in Kontakt zu treten, um die Bedingungen für Verhandlungen über die offizielle Beendigung der Feindseligkeiten zwischen den beiden Seiten der Taiwan-Straße und die allmähliche Verwirklichung der friedlichen Wiedervereinigung zu schaffen. Repräsentanten aus anderen Parteien, Massenorganisationen und allen Gesellschaftskreisen beiderseits der Taiwan-Straße können zur Teilnahme an solchen Verhandlungen eingeladen werden.“

Hauptinhalte der Richtlinie „Friedliche Wiedervereinigung; ein Land, zwei Systeme“. Diese Richtlinie ist ein wichtiger Bestandteil der Theorie und der Praxis für den Aufbau des Sozialismus chinesischer Prägung und eine grundlegende Staatspolitik der chinesischen Regierung, die über lange Zeit hindurch unverändert bleibt. Sie beinhaltet folgende Hauptpunkte:

1. Ein China. In der Welt gibt es nur ein China, Taiwan ist ein unabtrennbarer Bestandteil Chinas, die zentrale Regierung befindet sich in Beijing. Das sind allgemein anerkannte Tatsachen und die Voraussetzungen für die Lösung der Taiwan-Frage auf friedlichem Weg.

Die chinesische Regierung ist entschieden gegen jede Äußerung und Handlung, die auf die Spaltung der Souveränität und der territorialen Integrität Chinas abzielen, sie ist gegen „zwei China“, „ein China, ein Taiwan“ oder „ein Land, zwei Regierungen“ und gegen jeden Versuch und jede Tat, die zu einer „Unabhängigkeit Taiwans“ führen könnten. Die chinesische Bevölkerung auf beiden Seiten der Taiwan-Straße tritt für nur ein China ein und unterstützt die Wiedervereinigung des Landes. Der Status Taiwans als ein unabtrennbarer Bestandteil Chinas steht fest und ist nicht zu ändern. Es besteht keine Frage der „Selbstbestimmung“.

2. Zwei Systeme existieren nebeneinander. Unter der Voraussetzung eines China sollen das sozialistische System auf dem Festland und das kapitalistische System auf Taiwan lange Zeit hindurch nebeneinander existieren und sich gemeinsam entwickeln. Keines soll das andere schlucken. Diese Erwägungen beruhen vorwiegend auf der aktuellen Situation Taiwans und den realen Interessen der Landsleute dort. Es handelt sich um eine markante Besonderheit und wichtige Schöpfung in der Staatsordnung eines wiedervereinigten Chinas.

Nach der Wiedervereinigung beiderseits der Taiwan-Straße bleiben das bestehende Gesellschafts- und Wirtschaftssystem, die Lebensweise und die wirtschaftlich-kulturellen Beziehungen Taiwans zu anderen Ländern unverändert. Das Privateigentum, die Häuser, der Boden, das Eigentum an Unternehmen, das gesetzliche Erbrecht, die Investitionen von Auslandschinesen und Ausländern usw. ausnahmslos stehen unter dem Schutz des Gesetzes.

3. Weitestgehende Autonomie. Nach der Wiedervereinigung wird Taiwan eine Sonderverwaltungszone werden, die im Unterschied

zu anderen chinesischen Provinzen oder Regionen weitestgehende Autonomie genießt. Sie wird eine eigene Verwaltung, Gesetzgebung, unabhängige Justizhoheit und das Recht auf Gerichtsbarkeit in letzter Instanz haben. Sie wird die parteilichen, administrativen, militärischen, wirtschaftlichen und finanziellen Angelegenheiten selbst regeln. Sie darf mit dem Ausland kommerzielle und kulturelle Abkommen abschließen und wird bestimmte Befugnisse in auswärtigen Angelegenheiten besitzen. Sie darf eine eigene Armee haben. Keine Truppen und kein Verwaltungspersonal werden vom Festland dorthin geschickt werden. Repräsentanten der Regierung der Sonderverwaltungszone und aller Gesellschaftsschichten Taiwans können führende Posten in den Machtorganen des Staates bekleiden und an der Regelung der Staatsangelegenheiten teilnehmen.

4. Friedliche Verhandlungen. Durch Kontakte und Verhandlungen die Wiedervereinigung des Landes auf friedlichem Wege zu verwirklichen, ist das gemeinsame Anliegen aller Chinesen. Chinesen leben beiderseits der Taiwan-Straße. Wenn sie infolge der Spaltung der Souveränität und der territorialen Integrität Chinas Waffengewalt anwenden und gegeneinander kämpfen würden, wäre dies für alle Landsleute auf beiden Seiten der Meeresstraße das größte Unglück. Eine friedliche Wiedervereinigung liegt im Interesse des Zusammenschlusses unserer Nation und der Stabilität und Entwicklung der Gesellschaft und Wirtschaft Taiwans und fördert Gedeihen und Wohlstand in China insgesamt.

Um die Feindseligkeiten zu beenden und die friedliche Wiedervereinigung zu verwirklichen, sollten die beiden Seiten baldmöglichst Kontakt aufnehmen und Verhandlungen führen. Unter der Voraussetzung „ein China“ können sie über alle Fragen sprechen, u.a. wie Verhandlungen geführt werden sollen und welche Parteien, Körperschaften und Repräsentanten verschiedener Gesellschaftsschichten daran teilnehmen sollen, sowie über alle anderen Fragen, die die taiwanischen Behörden interessieren. Nur wenn die beiden Seiten sich an den Verhandlungstisch setzen, werden sie füreinander akzeptable Lösungen finden.

In Anbetracht der realen Verhältnisse auf beiden Seiten der Taiwan-Straße tritt die chinesische Regierung dafür ein, daß beide Seiten vor der Realisierung der Wiedervereinigung nach den Prinzipien des gegenseitigen Respekts, der gegenseitigen Ergänzung und des gegenseitigen Nutzens die wirtschaftliche Zusammenarbeit und den Austausch auf verschiedenen Gebieten aktiv fördern, direkte Post-, Handels- und Luft- und Schiffsverbindungen herstellen und den bilateralen Austausch realisieren, um die Bedingungen für die friedliche Wiedervereinigung des Landes zu schaffen.

Die friedliche Wiedervereinigung ist eine festgelegte Richtlinie der chinesischen Regierung. Jeder souveräne Staat ist jedoch berechtigt, alle Mittel, die er für notwendig hält, einschließlich militärischer Mittel, zu ergreifen, um seine Souveränität und territoriale Integrität zu verteidigen. In der Frage, auf welche Weise sie die inneren Angelegenheiten des Landes regelt, ist die chinesische Regierung nicht verpflichtet, irgendeinem anderen Land oder denjenigen, die China zu spalten versuchen, Versprechungen zu machen.

Hiermit muß man darauf hinweisen, daß die Taiwan-Frage ausschließlich eine innere Ange-

legenheit Chinas ist und daß sie anders gelagert ist als die Deutschland- und die Korea-Frage, die als ein Resultat der internationalen Abkommen nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges entstanden. Daher kann die Taiwan-Frage nicht mit der Deutschland- und der Korea-Frage gleichgesetzt werden. Die chinesische Regierung ist seit jeher dagegen, daß man die Taiwan-Frage auf die gleiche Art und Weise wie die Deutschland- und die Korea-Frage behandelt. Die Taiwan-Frage soll und kann durch bilaterale Konsultationen im Rahmen von einem China vernünftig geregelt werden.

#### IV. Beziehungen beiderseits der Taiwan-Straße: Entwicklung und Hindernisse

Die gegenwärtige Spaltung zwischen den beiden Seiten der Taiwan-Straße ist das Unglück der chinesischen Nation. Alle Chinesen wünschen aufs innigste, dieser schmerzlichen Situation baldmöglichst ein Ende zu setzen.

Um den normalen Kontakt der Bevölkerung auf beiden Seiten der Meeresstraße und die Wiedervereinigung des Landes zu verwirklichen, hat die chinesische Regierung gleichzeitig mit ihrem Vorschlag zur friedlichen Wiedervereinigung eine Reihe von Maßnahmen zur Förderung der beiderseitigen Beziehungen ergriffen:

Politisch regulierte sie einschlägige politische Maßnahmen, um die Feindseligkeiten zu beseitigen. Der höchste Volksgerichtshof und die höchste Volksstaatsanwaltschaft beschloßen, diejenigen, die vor der Gründung der Volksrepublik China Verbrechen begangen haben und dann nach Taiwan gingen, nicht mehr strafrechtlich zu verfolgen.

Militärisch entspannte sie aus eigenem Antrieb die militärische Konfrontation beiderseits der Meeresstraße, stellte den Kanonenbeschuß der Jimmen-Inseln und anderer Inseln ein und machte aus vorgeschobenen Stellungen und Beobachtungsstellen an der Küste der Provinz Fujian wirtschaftliche Entwicklungszonen und touristische Ziele.

Wirtschaftlich öffnete sie die Tür, förderte den Austausch und ließ taiwanische Geschäftsleute, die auf dem Festland investieren und Handel treiben wollen, willkommen und gewährte ihnen Vorzugsbedingungen und gesetzlichen Schutz.

Auch in bezug auf persönlichen Verkehr, Post- und Fernmeldewesen, Verkehrswesen, Wissenschaft, Technik, Kultur, Sport, akademischen Austausch und Nachrichtenwesen nahm die chinesische Regierung eine positive Haltung ein und ergriff entsprechende Maßnahmen, um den Austausch und die Zusammenarbeit beider Seiten in allen Bereichen zu fördern. Es wurde ferner eine nichtstaatliche Körperschaft, die „Gesellschaft für die Beziehungen über die Taiwanstraße“, gegründet und von der Regierung ermächtigt, mit der Stiftung für Austausch über die Meeresstraße von Taiwan und anderen betreffenden nichtstaatlichen Organisationen auf Taiwan Kontakte aufzunehmen, um die legitimen Rechte und Interessen der Bevölkerung beiderseits der Meeresstraße zu schützen und deren Beziehungen zu fördern.

Die Politik und die Maßnahmen der chinesischen Regierung gegenüber Taiwan haben bei immer mehr Landsleuten auf Taiwan und in Hong Kong und Macao, bei Überseechinesen und Ausländern chinesischer Abstammung

Verständnis und Unterstützung gefunden. Die Landsleute auf Taiwan haben zur Entwicklung der beiderseitigen Beziehungen große Anstrengungen unternommen. In den letzten Jahren haben die taiwanischen Behörden ihrerseits auch die Politik gegenüber dem Festland reguliert und eine Reihe flexibler Maßnahmen ergriffen. Sie gestatten zum Beispiel den Inselbewohnern, sich zum Verwandtenbesuch auf das Festland zu begeben. Sie haben die Einschränkung des inoffiziellen Austausches und Kontaktes zwischen beiden Seiten allmählich gelockert, den indirekten Handel ausgeweitet, indirekte Investitionen erlaubt und die Verfahren für Telefongespräche, Briefverkehr und Geldüberweisungen zwischen beiden Seiten der Meeresstraße vereinfacht. All dies ist dem gegenseitigen Kontakt von Nutzen. Seit den letzten Jahren entwickeln sich die Wirtschaft und der Handel beider Seiten rasch, und der persönliche Verkehr und der Austausch auf verschiedenen Gebieten weiten sich ständig aus. Bei den Gesprächen zwischen Wang Dao-han und Koo Chen-fu im April 1993 wurden vier Abkommen getroffen und damit ein historisch bedeutsamer Schritt in den Beziehungen beider Seiten der Meeresstraße getan. Eine Entspannung, wie es sie in über 40 Jahren nicht gab, trat über der Taiwan-Straße auf und dient der friedlichen Wiedervereinigung.

Man muß darauf hinweisen, daß die taiwanischen Behörden zwar gewisse flexible Maßnahmen zu den beiderseitigen Beziehungen getroffen haben, aber ihre bestehende Politik gegenüber dem Festland die Entwicklung der beiderseitigen Beziehungen und die Wiedervereinigung des Landes immer noch stark behindert. Sie sagen zwar, daß „China wiedervereinigt werden muß“, handeln aber in der Tat dem Prinzip „ein China“ immer zuwider, erhalten weiterhin die Trennung Taiwans vom Festland aufrecht, weigern sich, über die friedliche Wiedervereinigung zu verhandeln, und schaffen sogar Hindernisse, um die weitere Entwicklung des beiderseitigen Umgangs einzuschränken.

Seit einigen Jahren greifen auf der Insel Aktivitäten für eine „Unabhängigkeit Taiwans“ um sich und überschatten die Entwicklung der beiderseitigen Beziehungen und die friedliche Wiedervereinigung des Landes. Das Aufkommen einer „Unabhängigkeit Taiwans“ hat komplizierte gesellschaftliche und historische Ursprünge und internationale Hintergründe. Die taiwanischen Behörden haben mit ihrer Politik, friedliche Verhandlungen abzulehnen, den Kontakt einzuschränken, international für die „doppelte Anerkennung“ und „zwei China“ zu werben, faktisch die Bedingungen für die Aktivitäten zur „Unabhängigkeit Taiwans“ geschaffen. Man muß feststellen, daß der Wunsch der Landsleute auf Taiwan, die Insel selbst zu verwalten, vernünftig und gerechtfertigt ist und nichts mit der „Unabhängigkeit Taiwans“ zu tun hat, und zwischen ihnen und einigen wenigen Leuten, die beharrlich den Weg der „Unabhängigkeit Taiwans“ gehen, ein grundlegender Unterschied besteht. Daß einige wenige Anhänger der „Unabhängigkeit Taiwans“ die Trommeln für die „Unabhängigkeit“ rühren, sich sogar an das Ausland verkaufen und versuchen, Taiwan von China zu spalten, verstößt gegen die fundamentalen Interessen des chinesischen Volkes, einschließlich der Landsleute auf Taiwan. Die chinesische Regierung verfolgt äußerst aufmerksam die Entwicklung der Dinge und wird jeder Aktivität für die „Unabhängigkeit Taiwans“ nicht

untätig zusehen.

Gewisse internationale Kräfte wünschen keine Wiedervereinigung Chinas, tun immer noch ihr Möglichstes, sich in die inneren Angelegenheiten Chinas einzumischen, und unterstützen die Politik der taiwanischen Behörden, „sich gegen den Kommunismus zu stellen und die friedliche Verhandlung abzulehnen“, und die Spalterkräfte auf der Insel. Sie legen damit der friedlichen Wiedervereinigung Chinas Hindernisse in den Weg und verletzen das Nationalgefühl des chinesischen Volkes schwerwiegend.

Die chinesische Regierung ist fest davon überzeugt, daß die Landsleute auf Taiwan die Wiedervereinigung des Landes wollen und daß die Mehrheit der regierenden und oppositionellen politischen Kräfte dort ebenfalls dafür eintreten. Durch die gemeinsamen Bemühungen der Bevölkerung auf beiden Seiten der Meeresstraße werden die oben erwähnten Hindernisse und Hemmnisse beseitigt werden und sich die beiderseitigen Beziehungen noch besser entwickeln können.

## V. Einige Fragen, die sich in den internationalen Angelegenheiten auf Taiwan beziehen

Wie oben gesagt, gibt es in der Welt nur ein China, und Taiwan ist ein untrennbarer Bestandteil Chinas. Die Regierung der Volksrepublik China wird als die einzig legitime Regierung, die das gesamte chinesische Volk repräsentiert, von den Vereinten Nationen und verschiedenen Ländern der Welt anerkannt. Um die staatliche Souveränität zu wahren und die Wiedervereinigung des Landes zu verwirklichen, hält China in internationalen Angelegenheiten bezüglich der Taiwan-Frage konsequent an dem Prinzip „ein China“ fest und schützt konsequent die Interessen der taiwanischen Landsleute. Die chinesische Regierung ist davon überzeugt, daß dieser Standpunkt von den Regierungen und Völkern aller Länder respektiert werden wird.

Die chinesische Regierung hält es für notwendig, ihren Standpunkt und ihre Politik gegenüber den folgenden Fragen zu bekräftigen.

1. Die Frage der Beziehungen zwischen den Ländern, die diplomatische Beziehungen zu China unterhalten, und Taiwan. Gegenwärtig halten sich alle Länder, die diplomatische Beziehungen zu China unterhalten, ausnahmslos an das Völkerrecht und das Prinzip „ein China“ und haben ein offizielles Abkommen oder eine Verständigung über die Taiwan-Frage mit der chinesischen Regierung getroffen und versprochen, keine offiziellen Beziehungen mit Taiwan herzustellen. Nach dem Völkerrecht darf ein souveräner Staat nur eine Zentralregierung haben, die ihn repräsentiert. Als ein Bestandteil Chinas ist Taiwan nicht dazu berechtigt, international China zu repräsentieren; es darf weder diplomatische Beziehungen mit fremden Ländern herstellen, noch offizielle Beziehungen mit ihnen entwickeln. Mit Rücksicht auf die Bedürfnisse Taiwans nach wirtschaftlicher Entwicklung und auf die realen Interessen der taiwanischen Landsleute erhebt die chinesische Regierung keinen Einwand gegen den inoffiziellen Wirtschafts- und Kulturaustausch zwischen Taiwan und dem Ausland.

In den letzten Jahren haben die taiwanischen Behörden mit allen Mitteln international eine „pragmatische Diplomatie“ betrieben

und die Entwicklung der offiziellen Beziehungen mit den Ländern, die diplomatische Beziehungen zu China unterhalten, angestrebt. Sie wollen eine „doppelte Anerkennung“ in die Wege leiten, um das Ziel zur Schaffung von „zwei China“ oder „ein China, ein Taiwan“ zu erreichen. All dies wird von der chinesischen Regierung entschieden bekämpft.

Man muß darauf hinweisen, daß die überwiegende Mehrheit der Länder der Welt ihre freundschaftlichen Beziehungen mit China hochhält und sich strikt an das mit China getroffene Abkommen oder die Verständigung über die Taiwan-Frage hält. Die chinesische Regierung bringt dafür ihre Anerkennung zum Ausdruck. Aber man muß auch feststellen, daß einige Länder ohne Rücksicht auf ihr internationales Ansehen gegen das Versprechen, das sie während der Aufnahme ihrer diplomatischen Beziehungen mit der Volksrepublik China abgegeben hatten, verstoßen haben, offizielle Beziehungen mit Taiwan entwickeln und dadurch der Sache der Wiedervereinigung Chinas Hindernisse in den Weg legen. Die chinesische Regierung hofft von ganzem Herzen, daß die Regierungen der betreffenden Länder Maßnahmen ergreifen können, um diese Praktiken zu korrigieren.

2. Die Frage der Beziehungen zwischen internationalen Organisationen und Taiwan. Die Souveränität eines jeden Landes ist ein unantastbares Ganzes, das weder gespalten noch aufgeteilt werden darf. Die Regierung der Volksrepublik China hat als die einzig legitime Regierung Chinas das Recht und die Verpflichtung, die staatliche Souveränität in internationalen Organisationen auszuüben und ganz China zu repräsentieren. Die taiwanischen Behörden versuchen, in einigen internationalen Organisationen, denen nur die souveränen Staaten beitreten dürfen, das Konzept „ein Land, zwei Sitze“ durchzusetzen, um „zwei China“ zu schaffen. Dieser Akt wird von der chinesischen Regierung entschieden bekämpft. Dieser prinzipielle Standpunkt entspricht völlig den grundlegenden Interessen des gesamten chinesischen Volkes, einschließlich der taiwanischen Landsleute und der Überseechinesen. Nur unter der Voraussetzung, daß an dem prinzipiellen Standpunkt „ein China“ festgehalten wird, und entsprechend der Natur, den Bestimmungen der Satzung, den konkreten Verhältnissen der betreffenden internationalen Organisationen kann die chinesische Regierung erwägen, daß sie die Frage der Teilnahme Taiwans an den Aktivitäten einiger internationaler Organisationen in einer von ihr gebilligten und für sie annehmbaren Form behandelt.

Alle speziellen Organe und Organisationen des UNO-Systems sind zwischenstaatliche internationale Organisationen mit Vertretern souveräner Staaten. Nach der Wiederherstellung der legitimen Rechte der Volksrepublik China in der UNO haben alle speziellen Organe und Organisationen des UNO-Systems die offizielle Resolution angenommen, damit den legitimen Sitz, den die Volksrepublik China genießt, wiederhergestellt und den „Repräsentanten“ der taiwanischen Behörden vertrieben. Seitdem ist die Frage der Repräsentation Chinas in der UNO völlig gelöst, und die Frage eines Wiederbeitritts Taiwans existiert überhaupt nicht. Wir müssen darauf hinweisen, daß einige Leute in den taiwanischen Behörden in der letzten Zeit erneut um die „Rückkehr Taiwans in die UNO“ viel Lärm gemacht haben. Dies ist offenkundig ein Versuch, die

staatliche Souveränität zu spalten, der weder gesetzlich noch tatsächlich durchführbar ist. Die chinesische Regierung ist überzeugt, daß die Regierungen aller Länder und die Organisationen des UNO-Systems dieses Komplott durchschauen und nichts tun werden, was die Souveränität Chinas verletzt.

Taiwan ist prinzipiell ebenfalls nicht berechtigt, anderen zwischenstaatlichen Organisationen beizutreten. Was die ADB, die APEC und andere regionale Wirtschaftsorganisationen betrifft, erfolgt der Beitritt Taiwans dazu nur aufgrund des Abkommens oder der Verständigung, die die chinesische Regierung mit den betreffenden Seiten getroffen hat, und die eindeutig vorsehen, daß die Volksrepublik China als souveräner Staat und Taiwan als eine Region Chinas nur unter dem Namen „Taipei, China“ diesen Organisationen beitreten; Taiwan nimmt unter dem Namen „Chinesische Taipei“ an den Tätigkeiten der APEC teil. Dies ist eine Sonderregelung, die anderen zwischenstaatlichen Organisationen oder internationalen Tätigkeiten nicht als „Modell“ dienen darf.

Was inoffizielle internationale Organisationen anbelangt, haben sich die entsprechenden Organisationen der Volksrepublik China mit den betreffenden Seiten geeinigt oder darüber verständigt, daß die nationalen Organisationen Chinas im Namen Chinas und Taiwans entsprechenden Organisationen im Namen von „Taipei, China“ oder „Taiwan, China“ solchen inoffiziellen Organisationen beitreten.

3. Die Frage des Luftverkehrs zwischen den Ländern, die diplomatische Beziehungen zu China unterhalten, und Taiwan. Der Luftraum eines Landes ist ein unabtrennbarer Bestandteil seines Territoriums. Die 1919 veröffentlichte „Pariser Luftverkehrskonvention“ und die 1944 unterzeichnete „Chicagoer Konvention“ bestätigen das Prinzip, daß jedes Land die volle und exklusive Souveränität über seinen territorialen Luftraum besitzt. Deshalb bedeutet die Aufnahme der Flugverbindung mit Taiwan durch die Luftfahrtgesellschaften der Länder, die diplomatische Beziehungen zu China unterhalten, einschließlich der privat betriebenen Luftfahrtgesellschaften, eine politische Frage, die die Souveränität Chinas betrifft, und kann nicht als eine nichtpolitische geschäftliche Angelegenheit betrachtet werden. Die staatlich betriebenen Luftfahrtgesellschaften der Länder, die diplomatische Beziehungen zu China unterhalten, dürfen selbstverständlich keinen Luftverkehr mit Taiwan aufnehmen. Wenn private Luftfahrtgesellschaften Luftverkehr mit Taiwan aufnehmen wollen, muß ihre Regierung die chinesische Regierung konsultieren. Mit der Billigung der chinesischen Regierung können sie Flugverbindungen mit den privat betriebenen Luftfahrtgesellschaften Taiwans herstellen. Nach diesem Prinzip hat die chinesische Regierung tatsächlich britischen, deutschen und kanadischen privaten Luftfahrtgesellschaften gestattet, Luftverkehr mit privat betriebenen Luftfahrtgesellschaften Taiwans herzustellen.

Länder, die vor der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Volksrepublik China den Luftverkehr aufgenommen haben, können durch Verhandlungen mit der chinesischen Regierung den offiziellen Status des Luftverkehrs mit Taiwan in einen inoffiziellen kommerziellen Lufttransport ändern.

4. Die Frage der Waffenverkäufe an Taiwan durch Länder, die diplomatische Beziehungen zu China unterhalten. Die chinesische Regierung ist seit jeher entschie-

den dagegen, daß irgendein Land irgendeinen Typ von Waffen oder Rüstung an Taiwan verkauft oder ihm die Technologie zur Herstellung von Waffen zur Verfügung stellt. Alle Länder, die diplomatische Beziehungen zu China unterhalten, müssen die Prinzipien der gegenseitigen Respektierung der Souveränität und der territorialen Integrität und der gegenseitigen Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten einhalten und dürfen in keiner Form und unter keinem Vorwand Waffen an Taiwan liefern, sonst verstoßen sie gegen die für internationale Beziehungen geltenden Normen und mischen sich in die inneren Angelegenheiten Chinas ein.

Alle Länder der Welt, insbesondere die Großmächte, die eine große Verantwortung für die Sache des Weltfriedens tragen, müssen strikt an den Leitprinzipien der fünf Ständigen Mitglieder des UNO-Sicherheitsrates über die Begrenzung der Weitergabe von konventionellen Waffen festhalten und zum Schutz und zur Förderung des regionalen Friedens und der Sicherheit beitragen. Einige Länder haben jedoch angesichts der sich von Tag zu Tag spannenden Lage beiderseits der Taiwan-Straße gegen ihre in internationalen Konventionen gegebenen Versprechen verstoßen, sich über die wiederholten ernsthaften Einwände Chinas hinweggesetzt, Waffen an Taiwan verkauft und so Spannungen beiderseits der Taiwan-Straße geschaffen. Dies bedeutet nicht nur eine ernsthafte Bedrohung der Sicherheit Chinas und stellt ein Hindernis für die friedliche Wiedervereinigung Chinas dar, sondern ist auch dem Frieden und der Stabilität in Asien und in der übrigen Welt abträglich. Selbstverständlich bekämpft das chinesische Volk dies heftig.

In internationalen Angelegenheiten verfolgt die chinesische Regierung konsequent eine unabhängige und selbständige Außenpolitik des Friedens, hält an den Fünf Prinzipien der gegenseitigen Achtung der Souveränität und der territorialen Integrität, des gegenseitigen Nichtangriffs, der gegenseitigen Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Nutzens sowie der friedlichen Koexistenz fest, entwickelt aktiv freundschaftliche Beziehungen mit allen Ländern der Welt, hat nie die Interessen anderer Länder verletzt und sich nicht in die inneren Angelegenheiten anderer Länder eingemischt. Die chinesische Regierung fordert ebenfalls von den Regierungen aller Länder, nichts zu tun, das die Interessen Chinas verletzt oder eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Chinas darstellt, und die Frage der Beziehungen zu Taiwan korrekt zu behandeln.

## Schlußwort

Die Wiedervereinigung des Landes liegt im grundlegenden Interesse der chinesischen Nation.

Nach der Wiedervereinigung Chinas können beide Seiten der Taiwan-Straße Schulter an Schulter arbeiten, sich gegenseitig ergänzen und einander helfen, die Wirtschaft entwickeln und China zum Aufblühen bringen. Die verschiedenartigen Probleme, die Taiwan verwirren, können im Rahmen eines China vernünftig gelöst werden. Die taiwanischen Landsleute werden gemeinsam mit der Bevölkerung anderer Gebiete des Vaterlandes die Würde und Ehre einer großen Nation genießen.

Seit langem ist die Taiwan-Frage ein instabiler Faktor in der asiatisch-pazifischen Re-

gion. Die Wiedervereinigung Chinas wird nicht nur zur Stabilität und Entwicklung Chinas, sondern auch zur weiteren Verstärkung der freundschaftlichen und kooperativen Beziehungen Chinas zu allen Ländern sowie zum Frieden und zur Entwicklung in der asiatisch-pazifischen Region und der ganzen Welt beitragen.

Die chinesische Regierung ist davon überzeugt, daß sie sich in der gerechten Sache zur Wahrung der staatlichen Souveränität und der territorialen Integrität der Verständigung und Unterstützung der Regierungen aller Länder und ihrer Völker erfreuen kann.

(aus: BR 1993/Nr. 36)